

Frankreich und der verfälschte Kaiserbrief.

Die „Aktenstücke“ Clémenceaus als „ungenügend“ erklärt.

Oesterreich-Ungarn und sein Herrscher erhalten eine große Genugtuung. Er weckte schon die Verweisung der „Aktenstücke“ des Herrn Clémenceau an eine fünfgliedrige Prüfungskommission den Eindruck, daß Clémenceau in den vereinigten Parlamentsausschüssen mit seinen „Dokumenten“ eine sehr geringe überzeugende Wirkung erzielt hatte, so wird diese Annahme vollends durch die aus Paris kommenden Nachrichten bestätigt. Der englische „Manchester Guardian“ stellt an leitender Stelle fest, daß die ministeriellen Akte über die Frage des Kaiserbriefes als „ungenügend“ betrachtet werden.

Clémenceau hat seine unverhämten Beschimpfungen nicht einmal seiner sonst so willfährigen Kammermehrheit zu begründen vermocht. Seine „Dokumente“ sind fadenscheinig, er vermag nicht nur die Echtheit seines „Kaiserbriefes“ nicht zu erweisen, sondern seine Akten erregen ernste Zweifel in ihre Echtheit. Sonst wäre die kritische Stimmung der französischen Kammer nicht zu verstehen. So zeugt diese selbst für die Erklärung, mit der Kaiser Karl die Unechtheit des Clémenceauschen Dokumentes festgestellt hat. Der französische Ministerpräsident, anstatt noch rechtzeitig zu prüfen, antwortete mit Brutalitäten und fügte zu der Vermittlung eines edlen Friedensversuches noch die Beleidigung desjenigen, der ihn aus den hochherzigsten Motiven heraus unternommen hatte.

Es ist kein Wunder, daß man auch in Frankreich findet, daß der „Tiger“ einen bösen Sprung daneben getan hat.

Es wird noch mehr an den Tag kommen . . .

Genf, 23. April.

Marcell Cachin macht in der „L'Heure“ Mitteilungen über die letzte Rede, die Ministerpräsident Clémenceau in den vereinigten Parlamentsausschüssen über seine Haltung in der Angelegenheit der Veröffentlichung des Kai-

serbriefes hielt. Demnach sprach Clémenceau d u r c h z w e i Stunden und suchte sein Vorgehen zu verteidigen. Cachin sagt, der Ministerpräsident habe, wie immer, leidenschaftlich und aggressiv gesprochen. Clémenceau, sagt Cachin, hat ausgeführt, er habe gegen Czernin brutal vorgehen müssen, da durch dessen Angriffe und die Beschuldigungen der Wiener Presse bei den Alliierten Zweifel an seiner (Clémenceaus) Loyalität gegen sie entstehen konnten. Clémenceau beschäftigte sich hierauf in den Einzelheiten mit dem Verlauf seiner Auseinandersetzungen mit Czernin und behauptete schließlich, es sei ihm „nichts anderes übrig geblieben“, als auf diese Weise vorzugehen. Clémenceau erklärte dann, daß die Bolemit mit Czernin politisch nicht geschadet habe. Sie habe vielmehr die Stellung der Alliierten zu Oesterreich-Ungarn klar und deutlich gemacht.

Cachin bemerkt zu den Mitteilungen, daß die Darlegungen Clémenceaus von den Ausschüssen nicht mit besonderer Wärme aufgenommen worden seien. Das in der Kammer herrschende Mißbehagen sei durch die Rede des Ministerpräsidenten nicht beseitigt worden.

Zugano, 23. April.

Italienische Blätter erfahren aus Paris: Clémenceau und Franklin-Bouillon wünschen mit den Aktenstücken nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen. Deputierter Forgeot erklärte sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von Aktenstücken, welche die Regierung den Kommissionen übermittelt, Kenntnis zu nehmen, und droht, falls man ihn in die Aktenstücke nicht Einsicht nehmen lasse, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

Amsterdam, 23. April.

Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ zufolge, schreibt „Manchester Guardian“ im Leitartikel: In Paris glaubt man allgemein, daß die Verhandlungen, die im Vorjahre mit Oesterreich-Ungarn geführt wurden, deshalb mißglückt seien, weil Italien dagegen ein Veto eingelegt habe. Diese Gerüchte nötigten Sonnino, Aufklärungen zu geben, die aber nicht sehr deutlich waren. Es ist im Interesse der Regierungen und der Völker notwendig, daß mehr Licht in diese Sache komme. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat die ministeriellen Akte über die Frage als ungenügend betrachtet und den Ministern einen Fragebogen vorgelegt.

„Manchester Guardian“ setzt sich für die Bildung einer ähnlichen Kommission im Unterhause oder doch für die Aufstellung einer besonderen Kommission ein, damit eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet werde.

Paris, 23. April.

Das „Journal de Peuple“ schreibt über die Politik Ribots: Nachdem nun einmal im August 1917 die Besprechungen zwischen Armand und Rebertera stattgefunden haben, steht man bestürzt vor der Mißachtung, die Ribot, scheinbar im Einvernehmen mit einer nicht verantwortlichen Stelle, gegenüber den Verhandlungen an den Tag gelegt hat. Ribot hat so die Friedensmöglichkeiten in aller Stille, ohne den Ministerrat zu befragen, erwogen und über Frankreich allein verfügt. Clémenceau hat die Friedensmöglichkeit mit einem Faustschlag vernichtet.

Der Deputierte Mistral schreibt in der „Humanité“: Der Geisteszustand, den man bei den Denkern der französischen Geschichte feststellen kann, ist seltsam und beunruhigend.

Clémenceaus Umgang mit Menschen.

Genf, 23. April.

Die hier erscheinende griechische Zeitung „L'Echo de Grèce“ schreibt: Der Streit Clémenceau-Czernin erinnert an eine ähnliche Episode zwischen ersterem und dem verstorbenen König Georg I. von Griechenland. Es war in der hitzigen Periode der kretischen Frage. König Georg hatte auf der Durchreise in Paris das förmliche Versprechen Clémenceaus erhalten, daß die Insel Kreta unverzüglich an Griechenland zugeweiht werden würde; aber Kreta wurde nicht mit Griechenland vereinigt. Ein gemeinsamer Freund übermittelte die berechtigten Klagen des Königs an Clémenceau. Clémenceaus Antwort lautete: „König Georg hat gelogen!“

Genau wie jetzt dem Grafen Czernin gegenüber! König Georg verfehlte nie, wenn Clémenceaus Name in seiner Gegenwart ausgesprochen wurde, entrüstet zu sagen: „Sie wissen, dieser Herr hat mich als Lügner hingestellt.“ In Athener politischen Kreisen ist das eine sehr bekannte Episode.

Die Hüter der Menschlichkeit in Guatemala.

Washington, 23. April.

Die Gesandtschaft in Guatemala teilt mit: Der Entschluß Guatemalas, sich in die Reihe der Alliierten zu stellen, ist die Folge eines Notenaustausches zwischen der Gesandtschaft und Lansing nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland. Infolgedessen befindet sich Guatemala heute im Kriegszustand mit Deutschland und seinen Verbündeten an der Seite der Vereinigten Staaten „zur Aufrechterhaltung der Rechte Amerikas und der Menschlichkeit“, eine Haltung, die es beibehalten wird zusammen mit den Vereinigten Staaten, bis der preußische Militarismus aufhören wird, freie Länder zu bedrohen.